

sind auch entsprechende Fernsehsendungen (Interviews von 15 Minuten Dauer) eingeführt worden, die sich wachsender Beliebtheit erfreuen. Das Zentrum stellt jetzt auch Filme für das Fernsehen her.

Im Monat Juli dieses Jahres soll nun auch der 1958 von den Bischöfen des Fernen Ostens geplante Sender „Radio Veritas“ bei Manila eröffnet werden, zu dessen Errichtung u. a. die Päpstlichen Missionswerke, die deutschen Katholiken und die Bundesrepublik Deutschland beitragen. Er wird in 17 Sprachen senden, durch Mittelwellen die Philippinen und durch Kurzwellen große Teile des asiatischen Raumes und auch Australiens erreichen. Seine Aufgabe wird er nicht nur durch Informationssendungen erfüllen können. Die asiatischen Kirchen sollten hier durch Einrichtung von Studios, deren eigene Ausarbeitungen dem Großsender Manila zur Sendung zugeleitet werden, die Tiefenwirkung und die Kontakte sichern. Hier gibt die Struktur und Arbeitsweise des Lutherischen Senders von Addis Abeba, der auch viele Länder des südlichen Asiens erfaßt, reiche Anregung.

Das Apostolat des Films

Nur kurz kann hier zur apostolischen Aufgabe des Films in Asien Stellung genommen werden. In Asien gibt es keine katholischen Filmunternehmungen, die jenen in Afrika (Afrika-Film der Weißen Väter, Lulua-Film der Scheuter Patres im Kongo) vergleichbar wären. Das Missionssekretariat des OCIC (International Catholic Cinema Office) zu Rom organisierte anlässlich des Eucharistischen Weltkongresses in Bombay eine Studientagung über Kinoprobleme in Asien. Die Konferenz, die später in Tindivanam bei Madras fortgesetzt wurde, war in keiner Weise repräsentativ für ganz Asien, nicht einmal für Südostasien. Die Ablenkungen des Kongresses trugen das ihrige dazu bei, den ersten Teil der Tagung wenig fruchtbar zu machen, obwohl einige sehr gute Referate geboten wurden, die sowohl grundsätzlicher als praktischer Natur waren. Man brachte eine Menge örtlicher Initiativen von Personen und Institutionen ans Licht. Viele Anregungen wurden auch über den Film im Dienst der Katechese gegeben. In Tindivanam bezeichnete der Erzbischof von Pondicherry den Film als eine wirksame Hilfe für die Missionsarbeit, als eine preparatio evangelica, also ein praktisches Mittel zur Annäherung an die Nichtchristen. Besonders wurde auf die Notwendigkeit der Schaffung von Filmen hingewiesen, die den einzelnen Kulturen angepaßt sind. Die großen kulturellen Verschiedenheiten in Asien behindern eine gemeinsame Filmarbeit über Ländergrenzen hinweg. Manche Kirchen sind aber an Menschen und Mitteln zu schwach, um größere Filmunternehmungen starten zu können. Auch die Beschaffung geeigneter Filmvorführungsstätten und die Bereitstellung geeigneter Filme für regelmäßige Darbietungen ist schwierig. Wanderkinos gibt es bisher sehr wenige. Die Konferenz faßte eine Reihe von Entschlüssen. Sie drängte auf Schaffung von bischöflichen Kommissionen zur Förderung des katholischen Films sowie von entsprechenden Nationalämtern, auf die Heranziehung von Film-Experten, die Heranbildung solcher Experten im eigenen Land, die Beschaffung von Film-Vorführwagen usw. Zur Förderung dieser Anregungen wurde ein Panasiatisches Komitee gegründet.

Die Aussichten für ein kraftvolles katholisches Film-apostolat in den nichtchristlichen Raum Asiens hinein sind angesichts der vielen bestehenden Schwierigkeiten

nicht günstig. Dies ist um so mehr zu bedauern, als das Kino bis zur allgemeinen Versorgung der Bevölkerung mit den Errungenschaften des Fernsehens in diesem Erdteil noch einen großen Aufstieg nehmen wird und die Kinos in vielen Ländern eine ungeheure Anziehungskraft auf die Bevölkerung ausüben.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Das XI. Evangelisch-Katholische Publizistentreffen Das „Directorium Oecumenicum“ (die Richtlinien zur Ausführung des Ökumenismusdekrets, die unter Berücksichtigung der Wünsche der Bischofskonferenzen zur Zeit vom Sekretariat Bea ausgearbeitet werden) ist noch im Jahr 1966 zu erwarten. Dies erklärte Kardinal Döpfner beim XI. Evangelischen-Katholischen Publizistentreffen Ende April in der Evangelischen Akademie Tutzing. Landesbischof Dietzfelbinger erinnerte an das zehnjährige Jubiläum dieser Treffen, die auf der Synode der VELKD 1956 ihren eigentlichen Anfang genommen haben.

Neue Ausgangspunkte

„Toleranz und Intoleranz zwischen den Konfessionen“ lautete damals das Thema. Seitdem sind nicht nur diese alljährlichen Treffen von prominenten Publizisten, Theologen und Kirchenführern beider Konfessionen zu einer der wichtigsten Veranstaltungen im kirchlichen Leben geworden. Seitdem steht das ökumenische Zueinander überhaupt nicht mehr unter einem so negativen Begriff wie bloßer Toleranz; die Christen auf jeder Seite haben die Schätze auf der anderen Seite entdeckt. Bischof Dietzfelbinger fügte hinzu: „Die Publizisten haben den Wagen besonders kräftig vorangeschoben.“

In diesen zehn Jahren wurde das Konzil vorbereitet, abgehalten und beendet. Die katholische Kirche ist als Kirche in die Ökumenische Bewegung eingetreten, ja „ein neuer Pol im Magnetfeld“ geworden (Dietzfelbinger). Die Zeit der Aufforderungen zwischen Rom und Genf, in den eigenen Schafstall einzutreten (Paul VI. in Bethlehem — Weltrat der Kirche in Odessa) ist vorüber. So konnte in der Diskussion und keineswegs etwa nur von Außenseitern von der Notwendigkeit gesprochen werden, die gegenwärtigen ökumenischen Strukturen so zu erweitern, daß alle Kirchen, auch die katholische, in einem neuen Gremium in direkter Form mitarbeiten können.

In der Gesellschaft und Welt von heute

Wie sehr sich die beiden Kirchengemeinschaften aufeinander zu entwickelt haben, wurde schon in den beiden Grußworten deutlich. Wenn der katholische Ortsbischof Stimpfle (Augsburg) als Motto aussprach: „Die Kirche ist dann auf dem rechten Weg, wenn sie die Heilige Schrift hinter sich hat“, so mußte der Satz des evangelischen Landesbischofs, obwohl vorher ausgesprochen, wie eine Antwort darauf wirken: „Das Wort ist krank geworden und hat es nötig, zum Munde Gottes zurückgebracht zu werden, von wo es ausgegangen ist.“

Wenn Kardinal Döpfner mahnte, der Weg zur Einheit dürfe nicht über oberflächliche Kompromisse beschritten werden, so sprach er eine Erfahrung der „ökumenischen Frontkämpfer“ aus, zu denen sich viele der Anwesenden zählen durften. Ebenso deutlich wiesen andererseits der

Kardinal und der evangelische Landesbischof auf die Notwendigkeit hin, die christlichen Antworten auf die drängenden Zeitfragen gemeinsam zu erarbeiten. Die christliche Ökumene wächst inmitten einer säkularisierten Ökumene und hat es in diesem Rückstand im Dienst am Menschen schwer genug.

Der erste Tag galt einer Bilanz der Situation. Die neue Instructio über die Mischehen, der gegenüber von evangelischer Seite eine „starke Enttäuschung“ ausgesprochen wurde, bildete den Hauptgesprächsstoff. Es wurde darauf abgehoben, daß die religiöse Gefährdung des katholischen Partners in den gemischten Ehen nicht größer ist als in der durchschnittlichen konfessionsgleichen. „Wir streiten uns über zwei oder drei Ehen und übersehen, daß gleichzeitig hundert in die Brüche gehen“ (ein katholischer Prälat). Wie schon beim letztjährigen Treffen in Hardehausen wurden gemeinsame seelsorgliche Bemühungen beider Kirchen für die Mischehen gefordert, unabhängig von dem ebenfalls notwendigen zwischenkirchlichen Gespräch über das Eheverständnis.

Denkschriften und Lehramt

Der zweite Tag hatte das politische Engagement der Kirchen zum Thema. Referenten waren Gustav Heinemann MdB, Kultusminister Prof. Paul Mikat, Prof. Hans Hirschmann SJ und Prof. Karl-Gerhard Steck. Heinemann schilderte zunächst das 400jährige Bündnis zwischen Thron und Altar im Protestantismus, das zu konservativer Grundhaltung, zu anerzogener Untertänigkeit und mangelndem sozialpolitischem Verständnis führte. Auch in der Weimarer Republik herrschte noch Reserve, ja Abscheu gegenüber der Demokratie. Der Wandel kam erst mit der „Glaubensbedrückung durch die eigene Obrigkeit“ in der NS-Zeit und der daraus erwachsenen Bekennenden Kirche, die den lückenlosen Anspruch Christi über die Welt verkündete.

Heinemann wandte sich gegen das im Anschluß an die jüngste Denkschrift der EKD geäußerte Schlagwort, daß jetzt das „Zeitalter der Denkschriften“ gekommen sei. Er erinnerte daran, daß die erste politische Denkschrift schon im Mai 1936 an Hitler gerichtet wurde. Entschieden wandte er sich freilich gegen ein verbindliches Lehramt. Die Frage nach der bindenden Wirkung von evangelischen Lehräußerungen sei ein für allemal fehl am Platze.

Für viele erstaunlich war die Konvergenz zwischen dem katholischen CDU-Minister und dem evangelischen SPD-Parlamentarier. In katholischer Terminologie könnte man diese Gemeinsamkeit so zusammenfassen: In naturrechtlichen Fragen hat auch die Kirche nur eine rein natürliche Erkenntnis und kann diese nicht als theologische Norm verpflichtend machen. Die beiden Theologen trafen sich dann auf der gemeinsamen Basis, daß Kirche und Reich Gottes nicht identisch sind.

Kirche als Dienst an der Gesellschaft

Minister Mikat betonte die neue Bezogenheit der Kirche auf die Gesellschaft: nicht mehr zur Wahrung kirchlicher Eigeninteressen, sondern zur Wahrung der menschlichen Existenz, wie der Staat auf die Ordnung als solche ausgerichtet. Das kirchliche Normengefüge kann nicht mehr als staatliche Vorschrift absolut gesetzt werden. Juristisch-institutionelle Sicherungen (Konkordate, Kirchenverträge) sind nicht mehr ausreichend oder gar vorrangig,

entscheidend ist vielmehr die aktuelle Präsenz der Kirche in der Gesellschaft.

„Der Staat ist ekklesiologisch farbenblind“ und „Die Kirche hat für innerweltliche Herrschaft keine Vollmacht“: das sind nur zwei Zitate aus diesem sehr klugen und weitreichenden Referat, das als ganzes ein gründliches Studium verdient. Mikat lehnte die von Wendland und Karl Rahner behauptete „integrierende Funktion“ der Kirche in der Gesellschaft als zu weitgehend ab und bekannte sich statt dessen zur grundlegenden Funktion des Dienstes.

Als Prof. Steck noch einen Schritt weiter ging und die christliche Mitwirkung in der Gesellschaft nur auf die Mitbürgerschaft gründen wollte, erhob sich scharfer Widerspruch gerade unter den evangelischen Teilnehmern. Mikat und Steck trafen sich dagegen über dem Hinweis auf die Fragwürdigkeit des Begriffes einer „christlichen Politik“.

Die Tutzingener Referate und Gespräche zeigten, daß heute zahlreiche Fronten nicht mehr zwischen „katholisch“ und „protestantisch“ verlaufen, sondern zwischen verschiedenen Denkschulen, Engagements in der Welt, ja Lebensformen und Veranlagungen. Beiden Kirchen gemeinsam war die Erkenntnis, daß ihre Glieder heute mit unbeantworteten Fragen leben müssen.

Aus dem Vatikan

Zwei Interviews des Kardinals Ottaviani

In letzter Zeit hat Kardinal Ottaviani, der Pro-Präfekt der Glaubenskongregation und Präsident der Päpstlichen Kommission für Ehefragen und Geburtenregelung, in Interviews mit italienischen Wochenzeitschriften zu aktuellen Problemen aus seinem Zuständigkeitsbereich Stellung genommen: Das erste erschien in der italienischen Illustrierten „Gente“ (13. 4. 66), das zweite im vatikanischen „Osservatore della Domenica“ (24. 4. 66). Themen dieser Interviews waren: die Aufhebung des Index, die Aufgaben der Glaubenskongregation (früher Heiliges Offizium), Kirche und Kommunismus, die Arbeit der Kommission für Ehefragen und Geburtenregelung.

Der Index hat nur noch historischen Wert

Das wichtigste Thema war die Reform des Index bzw. dessen Abschaffung in der bisherigen Form. Bekanntlich erscheint die mit dem Index befaßte Sektion der Glaubenskongregation nicht mehr in der Aufzählung der Dienststellen dieser Kongregation im Päpstlichen Jahrbuch 1966. Auf die Frage, ob das das Ende des Index bedeute, erklärte der Kardinal bei seinem ersten Interview, der Index sei seit 1947 nicht mehr ergänzt worden und werde es auch in Zukunft nicht werden. Der Index bleibe ein historisches Dokument mit hinweisendem Wert. Die Glaubenskongregation werde aber in Zukunft Listen von abzuratenden Büchern führen, denen eine beratende Funktion zukomme nach Art der katholischen Filmberatung. Im zweiten Interview befaßte sich der Kardinal noch einmal ausführlicher mit der Indexfrage. Der Index sei angesichts der Massen von Büchern, die von Tag zu Tag auf den Markt kommen, unbrauchbar geworden. Er plädierte aber dafür, daß die Bischofskonferenzen eine Art literarisches Beratungsorgan in Form einer kirchlichen Rezensionszeitschrift einführen. Auf diese Weise könne leichter mitverfolgt werden, was in den einzelnen Ländern an kirchlich relevanten Büchern erscheine. Es

würden aber aller Voraussicht nach keine „nationalen Indices“ an die Stelle des römischen Index treten. Wohl aber werde es autoritative Hinweise, Warnungen und Mahnungen geben. Verurteilungen sollten aber nur in ganz schweren Fällen ausgesprochen werden. Das Imprimatur werde für Bücher religiösen Inhalts weiterbestehen. Man müsse heute mehr die jeweilige Situation des Lesers berücksichtigen und das Gewissen des einzelnen bilden. Es sei aber klar, „daß die Mahnungen, Warnungen und Verurteilungen durch die Bischofskonferenzen und besonders jene des Heiligen Stuhls noch mehr Gewicht und einen größeren moralischen Wert haben werden“.

Die Rolle der Glaubenskongregation

Welches soll die Rolle der Glaubenskongregation bezüglich der kirchlichen Bücherzensur sein? Nach der Abschaffung der Sektion für die Bücherzensur bleibe als wichtigste Aufgabe der Glaubenskongregation, „das Studium der durch die Autoren aufgeworfenen Probleme zu fördern und in intelligenter Weise über solche neue Tendenzen und Theorien zu wachen“. Es sei also klar, daß die Kongregation „sich auch weiterhin sehr an Büchern und Artikeln mit lehrhaftem Inhalt interessieren muß“. Da aber die neue Kongregation nicht mehr vom Geist der alten geprägt sei, „muß die gegenwärtige kanonische Gesetzgebung über die Bücher, die den alten Geist reflektiert, revidiert werden“. Es sei ja bekannt, daß eine Kommission für die Reform des kanonischen Rechtes existiere, und es sei auch kein Geheimnis, daß der Canon 1384 des CIC, der über die kirchliche Vorzensur und über das Bücherverbot handelt, reformiert werden würde. Was nach den beiden Interviews Ottavianis feststeht, ist also, daß der Index als solcher in aller Stille begraben wurde, daß man aber nach neuen Formen kirchlicher Bücherkontrolle sucht, die Sache also im wesentlichen beibehalten wird. Eindeutig ergibt sich aber aus den Ausführungen des Kardinals, daß sich die Tätigkeit der Glaubenskongregation in Sachen Bücherzensur primär, wenn nicht ausschließlich, auf die Bücher theologisch-lehrhaften Inhalts beschränkt, die rein literarischen Werke davon kaum noch unmittelbar betroffen sein werden. Da die Frage der Bücherzensur von Katholiken und Nichtkatholiken als ein Problem empfunden wird, das Unbehagen weckt, wartet man gespannt auf weitere und amtlichere Klarstellungen.

Kirche und Kommunismus

In seinem ersten Interview nahm Ottaviani auch zum Verhältnis Kirche—Kommunismus Stellung. Die Haltung der Kirche gegenüber dem Kommunismus könne, so meinte der Kardinal, sich so lange nicht ändern, als dieser von einer materialistischen Philosophie inspiriert sei. Das Dekret vom 9. Juli 1949, das die treffe, die sich zur marxistischen Lehre bekennen, bleibe in Kraft. Aber dieses Dekret habe zu Konfusionen geführt. Von der Exkommunikation seien die betroffen, die sich zur marxistischen Lehre bekennen, aber nicht diejenigen, die „sic et simpliciter“ der kommunistischen Partei angehören. Wer kommunistisch wähle oder der kommunistischen Partei angehöre, aber nicht den dialektischen Materialismus verrete, sei nicht exkommuniziert. Heute mehr den je wolle die Kirche nicht verurteilen, sondern überzeugen. Das gelte auch für den Kommunismus. Die Kirche liebe die ganze Menschheit und wolle alle Menschen zu sich führen.

Zur Frage der Geburtenregelung

Auf die Arbeiten der Kommission für Ehefragen und Geburtenregelung angesprochen, sagte Ottaviani, eine unmittelbare Klärung sei nicht zu erwarten. Die Experten würden gegenwärtig mehrere Sitzungen abhalten. Im Juni werde die neugeschaffene Bischofskommission zusammentreten. Man hoffe aber, daß man noch vor Jahresende dem Papst Vorschläge zur endgültigen Entscheidung vorlegen könne. In einem weiteren Interview mit der Zeitschrift „Le ore“ Anfang Mai erklärte der Kardinal zum selben Thema, es gelte noch die medizinische Frage zu klären, inwieweit gewisse Mittel hormonaler Geburtenregelung direkt sterilisierend wirken oder nicht. Wenn der Papst eine Entscheidung fälle, so werde er sicher eine mittlere Lösung treffen. Er werde die christliche Lehre in ihrer Bedeutung darstellen, aber zugleich den Weg eröffnen zum Gebrauch von Mitteln, die nicht direkt die Sterilisation zur Folge haben, denn diese habe die Kirche immer verurteilt.

Aus Lateinamerika

CELAM gründet ein **Universitätsreferat** Unter den vorkonziliaren Schemata gab es eines, das seiner Thematik wegen zur Verabschiedung hätte gelangen sollen: über die Reform und Neugründung katholischer Universitäten. Übriggeblieben ist nur ein dürftiger Abschnitt in dem Dekret über die christliche Erziehung vom 28. 10. 65. Aber die zur Selbständigkeit gerufenen Bischofskonferenzen sehen auf eigene Abhilfe, zunächst anscheinend in Lateinamerika, wo die Bildungsnot am dringendsten ist. Hier geht es nicht nur um die traditionelle Auffassung vom Recht der Kirche, das im can. 1376, 1 bzw. 1379 verankert ist, durch Gründung kirchlicher Universitäten dem katholischen Bildungswesen einen Abschluß nach oben zu geben oder mit mehr Nachdruck den kirchlichen Standpunkt gegenüber den säkularisierten Bildungsinstitutionen zu vertreten, sondern in einem Kontinent industrieller Entwicklung wie Lateinamerika muß die Kirche teilweise versuchen, was die Regierungen bisher versäumten, Bildungsstätten für die geistigen und technischen Berufe von morgen einzurichten, damit die Entwicklungshilfe nicht am Personal-mangel scheitert, und in die vorhandenen Universitäten den Geist des Konzils zu tragen.

Schließung der Bildungslücken

Es gibt zwar in Lateinamerika bereits 13 katholische Universitäten, aber sie erfüllen sowenig wie die meisten Staatsuniversitäten den Zweck einer modernen Hochschule. Die erste sofort in Angriff zu nehmende Aufgabe ist die Teilnahme der Kirche, ihre Präsenz in den vorhandenen staatlichen Universitäten und die Erneuerung der viel zu konservativen katholischen Hochschulen, deren Studenten aus privilegierten sozialen Schichten stammen und sich nicht in den Dienst der Schaffung einer modernen Gesellschaft im Sinne der päpstlichen Soziallehren stellen. Daher hat die Lateinamerikanische Bischofskonferenz CELAM eine Pastoralabteilung für Universitäten gegründet (NCWC News Service, 28. 4. 66). Der Name läßt bereits erkennen, daß es sich um eine spezialisierte Pastoral bei den Universitätsstudenten im Geiste der Pastoralkonstitution über die Kirche in der modernen Welt handelt. Die Aufgabe ist sehr vielseitig.

Erstens muß mehr geschehen, um die enorme Bildungslücke zu schließen zwischen der Masse des Volkes und der sehr kleinen Oberschicht, die überhaupt zur Universität gelangt und dort, vor die Anforderungen des modernen Lebens gestellt, zum Teil dem politischen Radikalismus verfällt, wie es unlängst der erfolgreiche Putsch der Jura-Studenten an der Universität Mexiko gegen den Rektor zeigte. In Chile ist die Entwicklung günstiger im Sinne der Kirche (vgl. Herder-Korrespondenz 16. Jhg., S. 353).

Sodann ist die andere Bildungslücke zu schließen zwischen der bisherigen Oberschulbildung und den nationalen Bedürfnissen der lateinamerikanischen Länder nach ausreichendem technisch und wissenschaftlich gebildetem Personal. Dazu gehört auch, wenigstens für den landwirtschaftlichen Sektor, die Heranziehung der Indios, die bisher am kulturellen Leben überhaupt nicht teilnehmen, sodann die Intensivierung der volkswirtschaftlichen Fächer. 1960 studierten z. B. 20 v. H. der lateinamerikanischen Studenten Rechtswissenschaften, aber nur 2 v. H. besuchten Landwirtschaftsschulen. Die Universitäten müssen daher mehr an die Anforderungen der technischen Zivilisation herangeführt werden. Dazu ist aber auch eine Umstellung in der Mentalität des Klerus notwendig, der zu einem Teil in den staatlichen Universitäten noch die Brutstätten des Antiklerikalismus sieht und die Jugend von ihnen fernzuhalten sucht. Die Kirche muß Studentenpfarrer ausbilden, die wenigen verstreuten katholischen Universitäten selber müssen sich ihrer konservativen Tradition entkleiden und den Dialog mit den technischen Wissenschaften aufnehmen. Die Probleme drängen mit dem Tempo der Entwicklungsanforderungen. Man versucht zunächst, Arbeitsgruppen aus Priestern und Laien zu bilden, um Universitätspfarreien zu gründen. Dabei wird auch die Hilfe der Pax Romana in Anspruch genommen.

Neugründung in Bolivien

Ein Sonderfall ist die seit langem geplante, wie es scheint vor dem Abschluß stehende Gründung einer katholischen Universität in Bolivien. Da sie gleichsam vorkonziliar in der Konzeption ist, hat sie viel Opposition gefunden, die zum Teil berechtigt ist. Ein Mangel des Planes dürfte der sein, daß er nur von oben her gedacht ist und nicht mit dem Klerus und den führenden Laien besprochen wurde, die letzten Endes die „Zufuhr“ an Nachwuchs zur Universität stellen müssen. So gab es auf einer ersten Kleruskonferenz in Cochabamba im Januar 1966 keinen Konsensus darüber, ob man den Plan unterstützen solle. Bedenken erregt u. a. die Überzeugung, daß eine konfessionelle Gründung dieses Typs nicht mehr dem Dienst der Kirche an der heutigen Gesellschaft entspricht, weil er versucht, den Prozeß der Säkularisierung durch künstliche Pflege eines christlichen Milieus aufzuhalten. Außerdem sei der Plan unrealistisch, da es bereits sieben Staatsuniversitäten in Bolivien gebe bei einer Bevölkerung von nur 4 Millionen Menschen, von denen 70 v. H. Analphabeten sind. Die katholische Universität werde den staatlichen Universitäten von der Seite der Geldgeber her schaden, außerdem werde sie unter kapitalistischen Einfluß geraten und der Kritik der herrschenden Gesellschaftsordnung entgegenwirken. Sie werde ein Instrument des Status quo werden.

Nicht zu reden davon, daß auch die Staatsuniversitäten dem Plan Widerstände entgegenzusetzen und außerdem die

Verfassung die Einrichtung einer privaten Universität erschwert. Sogar die Protestanten in Bolivien sind auf der Hut und wollen ihrerseits mit einer Neugründung antworten. Man sieht an dem Fall, daß hier hierarchische Planung nicht dem Dienst der Kirche an der Welt entspricht, wie ihn sich das Konzil gedacht hat. Vielleicht ist deshalb jetzt CELAM mit einer zentralen Dienststelle eingesprungen, damit Universitätsfragen für Lateinamerika von höherer Warte her und nicht nur in einem vorkonziliaren Denken behandelt werden. Der Plan für Bolivien dürfte schon daran scheitern, daß es an dem schulischen Unterbau des Bildungswesens fehlt. Priorität würde der Ausbau des Landschulwesens haben. In keinem Fall aber sollte eine katholische Universität nur einer konservativen Schicht von Privilegierten zur Verfügung stehen, und ausländische Spenden sollten nicht für einen solchen Plan bereitgestellt werden, der katholischem Prestigedenken, nicht aber primär den Bedürfnissen des Landes dient.

Ökumenische Nachrichten

Reformierte Synode Frankreichs beantwortet Mischeheninstruktion Nachdem das kritische Echo auf die römische Mischeheninstruktion vom 18. März 1966 von kirchlichen Persönlichkeiten in aller Welt zum Ausdruck kam (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 222 f.), hat als erste kirchliche Körperschaft die Synode der Reformierten Kirche Frankreichs Anfang Mai 1966 in Clermont-Ferrand eine Antwort in Gestalt einer eigenen Ordnung der Mischehen gegeben („Réforme“, 7. 5. 66). Sie ist um so beachtlicher, als sie von Pfarrer Hébert Roux, dem ehemaligen Konzilsbeobachter und wohlwollenden Kritiker des Konzils, eingebracht und vertreten wurde. Die Entschließung der Synode geht davon aus, daß die römische Instruktion „sehr unzureichend die Prinzipien des Ökumenismuskonkretes beachtet und auch nicht die Erklärung über die Religionsfreiheit berücksichtigt“. Trotzdem nimmt die Synode Kenntnis von dem, wie gesagt wurde, „vorläufigen und experimentellen Charakter“ der Instruktion und äußert den Wunsch, daß die katholische Kirche sich zur Anerkennung der Gültigkeit von Ehen durchringen möge, die vor einem evangelischen Pastor geschlossen werden, und daß sie demgemäß Wesen und Reichweite der Exkommunikation für solche Ehen klären wird.

Eine Zwischenregelung

Die Antwort der Synode ist nicht rein negativ, sie erklärt, daß es ein Heilmittel für den Konflikt gebe, nämlich „eine gesunde Katechese statt juristischer Aushilfen“. Damit wird ein Appell an die protestantischen Kirchen verbunden, den römischen Bedenken nachzukommen und sowohl ihre Lehre von der Ehe wie auch die daraus folgende Kirchenzucht zu vertiefen. Diese Aufgabe ist als Tagesordnung für die nächste Synode festgesetzt worden. Auch die lutherische Synode Frankreichs will sich mit einer Überprüfung der evangelischen Ehelehre befassen. Bis dahin hat die Reformierte Synode eine Reihe von Regeln für die Behandlung von Mischehen erlassen, die übrigens bei den Pastoren zwei Drittel aller Ehen ausmachen, während sie bei einem Curé eine Seltenheit sind. Demnach soll der reformierte Pastor, wenn die Ehe vor ihm geschlossen wird, „die Einheit, die Heiligkeit und